

**EU-weite Ausschreibung
von Übernahme, Transport und
Entsorgung von Sperrmüll
für den Kreis Heinsberg**

Bewerbungs- und Angebotsbedingungen

Mai 2026

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkung	3
2	Bewerbungs- und Angebotsbedingungen	4
2.1	Allgemeine Bedingungen	4
2.1.1	Art des Vergabeverfahrens	4
2.1.2	Auskünfte	4
2.1.3	Kurzbeschreibung der Leistung	4
2.1.4	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	7
2.1.5	Kennzeichnung von Geheimnissen	7
2.1.6	Nebenangebote	8
2.1.7	Kalkulation	8
2.1.8	Bietergemeinschaften	8
2.1.9	Vertragssprache	9
2.1.10	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen	9
2.1.11	Form der Angebote	9
2.1.12	Verbindlichkeit der Angebote	12
2.1.13	Fristen	12
2.1.14	Aufhebung der Ausschreibung	13
2.2	Bewertung der Angebote	13
2.2.1	Formale und inhaltliche Prüfung der Angebote	13
2.2.2	Eignungsprüfung	14
2.2.3	Prüfung der Angemessenheit der Angebotspreise	16
2.2.4	Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes	16
2.2.5	Aufklärungsgespräche	21
2.2.6	Information der Bieter	21

1 Vorbemerkung

Der Kreis Heinsberg ist für die Entsorgung von Abfällen die nach dem Landesabfallgesetz zuständige Gebietskörperschaft. In diesem Zusammenhang soll die Übernahme, der Transport und die Entsorgung des im Kreis Heinsberg anfallenden (Rest-)Sperrmülls (ASN 20 03 07) ab dem 01.01.2027 neu vergeben werden. Der Kreis Heinsberg ist somit für die ausgeschriebene Leistung sowohl Auftraggeber als auch ausschreibende Stelle. Die Zuständigkeit für die Sammlung von Abfällen liegt bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden und ist nicht Gegenstand dieser Ausschreibung.

Die Vergabeunterlagen bestehen aus den folgenden Dokumenten:

- Bewerbungs- und Angebotsbedingungen
- Leistungsbeschreibung (inkl. der besonderen vertraglichen Bedingungen und Anlagen)
- Angebotsvordruck
- Information nach Art. 13 DSGVO

Sofern vom Bieter ein Angebot abgegeben wird, ist von den von der ausschreibenden Stelle zum Download bereitgestellten Vergabeunterlagen lediglich der ausgefüllte Angebotsvordruck (inkl. Preisblätter) dem Angebot beizufügen. Die weiteren Unterlagen verbleiben beim Bieter. Die Gliederung und der Inhalt des einzureichenden Angebotes sind zusammenfassend in Punkt 2.1.11 dargestellt.

Die dem Bieter zugänglich gemachten Unterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebotes und zur Erfüllung des eventuell folgenden Auftrages benutzt werden. Jede Benutzung für andere Zwecke ist untersagt. Für die Bearbeitung des Angebotes werden keine Kosten erstattet.

Die kompletten Angebotsunterlagen sind vom Bieter **ausschließlich elektronisch (in Textform)** über die Angebotsfunktion der Vergabeplattform „Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen“ einzureichen (vgl. Pkt. 2.1.11).

Der Kreis Heinsberg wird nach Abschluss der Auswertung der Angebote voraussichtlich im September 2026 über die Vergabe entscheiden. Damit wird den Unternehmen ein ausreichender Dispositionsrahmen bis zum Leistungsbeginn gegeben.

2 Bewerbungs- und Angebotsbedingungen

2.1 Allgemeine Bedingungen

2.1.1 Art des Vergabeverfahrens

Die Ausschreibung wird EU-weit im offenen Verfahren gemäß den Vorschriften des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) durchgeführt.

2.1.2 Auskünfte

Anfragen von Bietern im Rahmen dieses Vergabeverfahrens sind ausschließlich elektronisch über die Vergabeplattform „Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen“ an die ausschreibende Stelle zu richten. Hierzu ist eine Registrierung unter dem entsprechenden Projektzugang auf der vorgenannten Vergabeplattform erforderlich.

Auskünfte im Zuge des Vergabeverfahrens werden von der ausschreibenden Stelle ebenfalls ausschließlich elektronisch über den entsprechenden Projektzugang auf der Vergabeplattform „Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen“ erteilt. Mündliche sowie fernmündliche Auskünfte oder Auskünfte per Post, Fax bzw. E-Mail werden nicht erteilt.

Der rechtzeitige Abruf etwaig vorliegender Bieterinformationen während der Angebotsphase erfolgt eigenverantwortlich durch den Bieter. Die Bieter, die sich unter dem entsprechenden Projektzugang auf der vorgenannten Vergabeplattform registriert haben, werden per E-Mail über das Vorliegen etwaiger Bieterinformationen informiert. Die ausschreibende Stelle empfiehlt daher allen interessierten Unternehmen, sich unter dem entsprechenden Projektzugang auf der vorgenannten Vergabeplattform zu registrieren.

2.1.3 Kurzbeschreibung der Leistung

Die ausgeschriebene Gesamtleistung umfasst die Übernahme, den Transport und die Entsorgung von ca. 3.500 – 4.800 Mg/a (Rest-)Sperrmüll (ASN 20 03 07) aus kommunaler Zuständigkeit. Die Gesamtleistung wird in einem Los ausgeschrieben.

Die Leistung besteht im Wesentlichen aus den folgenden Einzelleistungen:

- Stellung einer Übernahmestelle für (Rest-)Sperrmüll aus dem Holsystem der Kommunen und der Containertransporte von den Kleinanlieferplätzen im Gebiet des Kreises Heinsberg
- Stellung von Containern zur (Rest-)Sperrmüllerfassung auf den Kleinanlieferplätzen Gangelt-Hahnbusch und Wassenberg-Rothenbach sowie Transport der Container zur Übernahmestelle
- Transport des (Rest-)Sperrmülls von der Übernahmestelle zur vom Auftragnehmer verbindlich zu benennenden Behandlungsanlage
- Entsorgung des (Rest-)Sperrmülls

Entsorgung

Die Leistung wird ohne Vorgabe einer bestimmten Entsorgungstechnik ausgeschrieben.

Eine Vorbehandlung/Sortierung des Sperrmülls wird jedoch zwingend vorgegeben. Die hierbei erzeugten Abfallströme sind nachfolgend zu verwerten/entsorgen. Durch die Vorbehandlung/Aufbereitung/Sortierung soll eine Aufteilung in verschiedene Abfallströme erfolgen, welche sowohl eine stoffliche als auch energetische Verwertung von Teilströmen ermöglicht.

Bei Nutzung einer Anlage außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist vom Auftragnehmer in geeigneter Form nachzuweisen, dass grundsätzlich ein Anspruch auf Notifizierung durch die für den Auftragnehmer zuständige Behörde unter Beachtung der Vorschriften der EG-Abfallverbringungsverordnung Nr. 1013/2006 und des Abfallverbringungsgesetzes besteht. Der Zuschlag erfolgt insofern erst bei entsprechender Notifizierung.

Vorgaben des Abfallwirtschaftsplans

Die Ziele und Vorgaben des AWP, Teilplan Siedlungsabfälle von 2015 einschließlich des Teilplanes Technische Ergänzung zum Teilplan Siedlungsabfälle von 2023 werden in dieser Ausschreibung berücksichtigt. Der Abfallwirtschaftsplan regelt in Umsetzung des durch die EU-Abfallrahmenrichtlinie vorgegebenen Grundsatzes der Entsorgungsautarkie und des durch die EU-Abfallrahmenrichtlinie vorgegebenen Grundsatzes der Nähe (dazu jeweils Art. 16 AbfRRL) den Grundsatz der regionalen Entsorgungsautarkie. Dieser gilt jedoch nur für Abfälle zur Beseitigung und für gemischte Siedlungsabfälle mit dem Abfallschlüssel AVV 20 03 01.

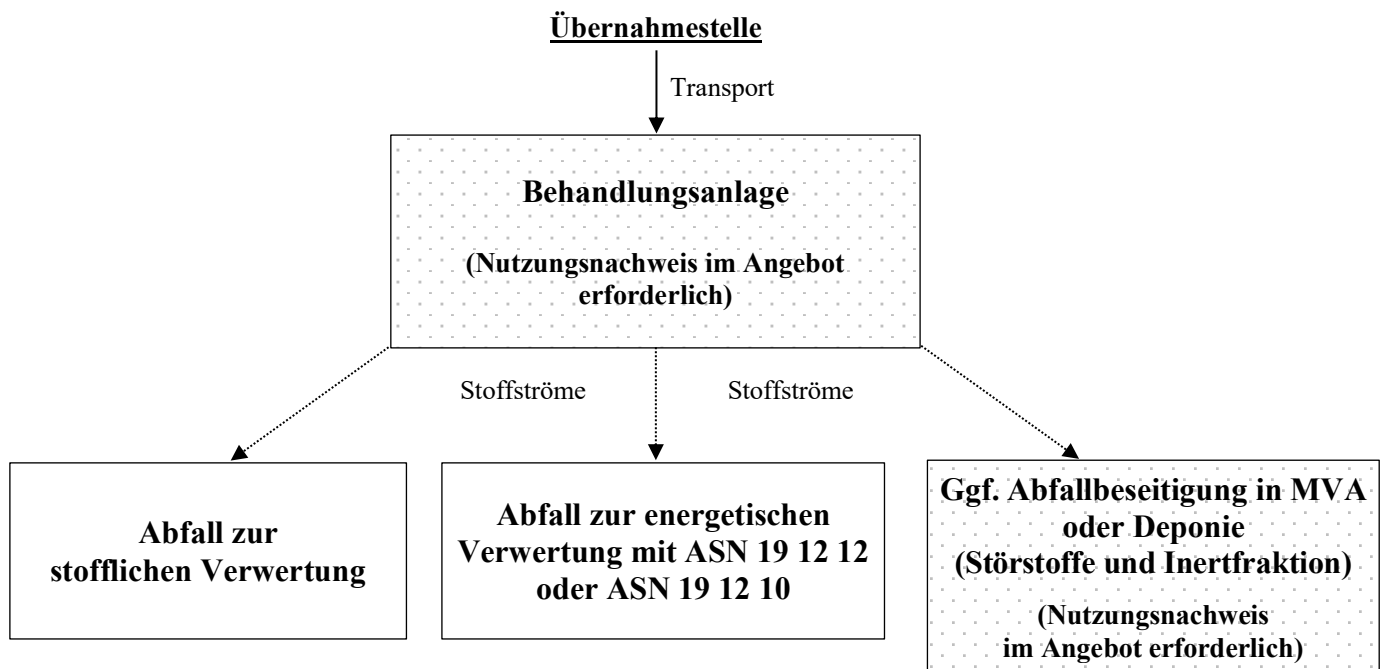
Sperrmüll hat den Abfallschlüssel AVV 20 01 07. Er ist deshalb nicht mit gemischten Siedlungsabfällen mit dem Abfallschlüssel 20 03 01 gleichzusetzen. Da der Sperrmüll nach den Vorgaben der Ausschreibung zwingend zu sortieren und die Teilströme einer Verwertung zuzuführen sind, soweit es sich nicht um Sortierreste (AVV 19 12 12) handelt, handelt es sich bei dem zu entsorgenden Sperrmüll um Abfall zur Verwertung und nicht nur um Abfall zur Beseitigung. Dies hat zur Folge, dass weder der Grundsatz der Autarkie noch der Grundsatz der Nähe Anwendung finden. Die nach dem Abfallwirtschaftsplan für Nordrhein-Westfalen, Teilplan Siedlungsabfälle gebildeten Entsorgungsregionen sind deshalb für die Verwertung des Sperrmülls ohne Bedeutung.

Der AWP führt weiter aus, dass zur Minimierung der Transportentfernung sowie von Transporten insgesamt die Abfälle möglichst entstehungsortnah zu entsorgen sind. Dabei sei nicht zwingend auf die geografisch am nächsten gelegene Anlage abzustellen. Da mit der vorliegenden Ausschreibung die Verwertung des Sperrmülls zwingend vorgegeben wird, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist, handelt es sich beim Sperrmüll nicht um Abfall zur Beseitigung, sondern um Abfall zur Verwertung. Es handelt sich auch nicht um gemischte Siedlungsabfälle. Deshalb gilt der Grundsatz der Nähe nicht zwingend. Zur Umsetzung des Ziels der Nähe aus ökologischen Erwägungen wählt der Kreis Heinsberg einen Weg, der das ökologische Ziel der Nähe mit ökonomischen und wettbewerblichen Zielen in Einklang bringt, indem er den für die Entsorgung des Abfalls entstehenden Transportaufwand (Transportentfernung) mit einem Wertungsaufschlag belegt (vgl. Pkt. 2.2.4).

Der vorgesehene Standort der Behandlungsanlage ist vom Bieter im Angebot verbindlich zu benennen. Zudem ist für diese Anlage ein Nutzungsnachweis vorzulegen (vgl. nachfolgende Abbildung). Die notwendigen Nachweise der Anlagenverfügbarkeit sind dem Angebot im Angebotsteil III beizufügen.

Nachfolgendes Schaubild stellt die Anforderungen an die Anlagenverfügbarkeit und Nutzungsnachweise dar:

Vorbehandlung des (Rest-)Sperrmülls und getrennte Entsorgung der Stoffströme



Die Transportentfernung von der Übernahmestelle zur Behandlungsanlage wird bei der Angebotsbewertung berücksichtigt (vgl. Pkt. 2.2.4).

2.1.4 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern können ausgeschlossen werden, wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. Der Bieter hat in einem solchen Fall darzulegen und gegebenenfalls unter Beweis zu stellen, dass der Geheimwettbewerb dennoch gewahrt bleibt, um gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB den Ausschluss seines Angebotes zu verhindern. Die weiteren fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB sind ebenfalls zu berücksichtigen und werden im Einzelfall geprüft (vgl. Punkt 2.2.2).

2.1.5 Kennzeichnung von Geheimnissen

Der Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Angebotes, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, deutlich zu kennzeichnen.

2.1.6 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.1.7 Kalkulation

Auf gesonderte Anforderung der ausschreibenden Stelle ist bereits während der Angebotsbewertung die Kalkulation zur angebotenen Leistung (Angebotsteil IV) in einem separaten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Der Umschlag ist mit der Bezeichnung „Kalkulation“ zu kennzeichnen. Die Kalkulation ist in einer dokumentenechten und nicht digitalisierten Form einzureichen.

Hierbei sind u.a. die Kostenansätze für die jeweiligen Leistungspositionen (z. B. Transportkosten, Behandlungskosten, Entsorgungskosten), die Verwaltungskosten sowie Wagnis und Gewinn geeignet darzustellen. Die Kosten für den Erwerb von Emissionszertifikaten nach dem BEHG sind in der Kalkulation gesondert anzugeben. Mit den Angaben der Kalkulation müssen die Angebotspreise rechnerisch nachvollziehbar sein. Die Kalkulation hat für die einzelnen Leistungspositionen jeweils gesondert zu erfolgen.

Die Kalkulation wird, sofern notwendig, nur im Zuge von Aufklärungsgesprächen bzw. mit schriftlichem Einverständnis des Bieters geöffnet. Die Öffnung der Kalkulation (ggf. im Zuge von Aufklärungsgesprächen) dient der Angebotsbewertung sowie der Klärung von Fragen zum Angebot. Die Angaben der Kalkulation werden vertraulich behandelt. Der Auftraggeber behält sich vor, nach Öffnung der Kalkulation bei Unklarheiten weitere Ergänzungen nachzufordern.

Die Kalkulation wird Anlage zu den Besonderen vertraglichen Bedingungen und dient beiden Seiten als Grundlage für mögliche spätere Entgeltanpassungen, die sich innerhalb der Vertragsdauer aufgrund von Leistungsänderungen ergeben können. Sofern die Kalkulation nicht bereits während der Angebotsbewertung angefordert wurde, ist diese vom Auftragnehmer innerhalb von spätestens 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung unaufgefordert vorzulegen.

2.1.8 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Sie werden wie Einzelbieter behandelt. Mit dem Ausdruck „Bieter“ sind in diesen Vergabeunterlagen auch Bietergemeinschaften gemeint.

Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haben mit ihrem Angebot eine Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter bezeichnet wird. Die Erklärung muss die Verpflichtung enthalten, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber vertritt und dass alle Mitglieder (auch im Falle einer Beauftragung) als Gesamtschuldner haften. Die Erklärung ist im Angebotsvordruck zu finden.

Darüber hinaus muss die Bietergemeinschaft im Angebotsteil V die Gründe für die Zusammenarbeit darlegen, so dass die Vergabestelle die Zulässigkeit des Zusammenschlusses gemäß GWB beurteilen kann. Darüber hinaus haben insbesondere Bietergemeinschaften auch die Regelungen unter Punkt 2.1.4 zu beachten.

2.1.9 Vertragssprache

Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen. Der Schriftverkehr mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

2.1.10 Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Ausschreibungsunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, die die Entgeltermittlung und den Leistungsumfang beeinflussen können, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich zu informieren. Eventuelle Fragen zum Angebot sind rechtzeitig (i. d. R. zehn Kalendertage) vor dem Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform „Vergabesatellit Wirtschaftsregion Aachen“ zu stellen (vgl. Punkt 2.1.2 „Auskünfte“).

Eventuell notwendige, ergänzende Informationen zum Ausschreibungsverfahren und somit zur Kalkulation der Angebote werden allen Bietern auf der vorgenannten Vergabeplattform bekanntgegeben und erfolgen (bei fristgerechter Anfrage) i. d. R. bis spätestens sechs Kalendertage vor dem Ablauf der Angebotsfrist.

2.1.11 Form der Angebote

Das vom Bieter einzureichende Angebot besteht aus den nachfolgend aufgeführten Teilen. Der Angebotsvordruck (Angebotsteil I) steht als gesonderte Datei zum Download zur Verfügung. Die Angebotsteile II bis V sind vom Bieter zu erstellen. Die Angebotsteile II, III und ggf. V sind zusammen mit dem (ausgefüllten und eingescannten) Angebotsteil I im PDF-Format elektronisch (in Textform) einzureichen.

Angebotsteil I: Vollständig ausgefüllter Angebotsvordruck

- Inklusive Bietergemeinschaftserklärung (nur auszufüllen, sofern notwendig)
- Inklusive Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5 k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 22 der Verordnung (EU) 2025/395 des Rates vom 24. Februar 2025
- Inklusive Besondere Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tarifreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW)

Angebotsteil II: Inhaltliche Beschreibung der angebotenen Leistung

- Benennung und Beschreibung der vorgesehenen Anlage zur Behandlung (u. a. Standort, Anlagentechnik, Eigentümer/Betreiber, Genehmigungssituation, Outputströme)
- Benennung und Beschreibung der vorgesehenen Übernahmestelle für Sperrmüll (u. a. Standort, Eigentümer/Betreiber, Genehmigungssituation)
- Beschreibung der vorgesehenen Logistik beim Transport der Container auf den Kleinanlieferplätzen

Hinweis zum Umfang der vorzulegenden Unterlagen:

Stichpunktartige Beschreibungen sind ausreichend. Der Auftraggeber behält sich vor, im Bedarfsfall detailliertere Beschreibungen nachzufordern.

Angebotsteil III: Eignungsnachweise

Nachweise der Leistungsfähigkeit in technischer und beruflicher Hinsicht

- Referenz/-en (als Eigenerklärung) über die Entsorgung von insgesamt mindestens 4.000 Mg pro Jahr Sperrmüll (ASN 20 03 07). Die Referenz/-en ist/sind für mindestens zwei Jahre in den Kalenderjahren 2023 bis 2025 durch eine Auflistung der/des Auftraggeber/-s, mit Angabe der Leistung, der Abfallmengen und Beauftragungszeiträume vorzulegen (es gilt die Summe der Referenzen).
- Nutzungsnachweis für die angebotene Übernahmestelle für Sperrmüll. Der Nachweis muss die Mindestangaben des in Anlage C.1 der Leistungsbeschreibung beigefügten Musters beinhalten. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der angebotenen Anlage ist, kann der Nutzungsnachweis durch eine Eigenerklärung des Bieters geführt werden. Die Anlage muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe für die Übernahme und den Umschlag von Sperrmüll (ASN 20 03 07) genehmigt sein.
- Nutzungsnachweis für die angebotene Behandlungsanlage. Der Nachweis muss die Mindestangaben des in Anlage C.2 der Leistungsbeschreibung beigefügten Musters beinhalten. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der angebotenen Anlage ist, kann der Nutzungsnachweis durch eine Eigenerklärung des Bieters geführt werden. Die Behandlungsanlage muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe für die Behandlung von Sperrmüll (ASN 20 03 07) genehmigt sein.

Hinweis:

Der Auftraggeber behält sich vor, die ggf. vertraglichen Vereinbarungen zur Anlagennutzung vor Zuschlagerteilung durch den Bieter vorlegen zu lassen.

- Nutzungsnachweis für die gegebenenfalls vorgesehene MVA/Deponie. Der Nachweis muss die Mindestangaben des in Anlage C.3 der Leistungsbeschreibung beigefügten Musters beinhalten. Soweit der Bieter selbst Eigentümer/Betreiber der angebotenen Anlage/Deponie ist, kann der Nutzungsnachweis durch eine Eigenerklärung des Bieters geführt werden. Die Anlage/Deponie muss zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe für die Entsorgung von Sperrmüll (ASN 20 03 07) genehmigt sein.

Hinweis:

Der Auftraggeber behält sich vor, die ggf. vertraglichen Vereinbarungen zur Anlagen-/Deponienutzung vor Zuschlagerteilung durch den Bieter vorlegen zu lassen.

- Bei der Nutzung einer Behandlungs-/Entsorgungsanlage außerhalb der Bundesrepublik Deutschland steht ein Zuschlag unter dem Vorbehalt, dass ein Anspruch auf Notifizierung durch die zuständige Behörde unter Beachtung der Vorschriften der EG-Abfallverbringungsverordnung Nr. 1013/2006 und des Abfallverbringungsgesetzes besteht. Der Zuschlag erfolgt erst nach entsprechender Notifizierung.

Nachweise der Leistungsfähigkeit in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bieters in den Jahren 2023 bis 2025 für jedes einzelne dieser Geschäftsjahre (2025 ggf. als Schätzwert)
- (Eigen-)Erklärung zur Solvenz auf gesonderte Anforderung: Die ausschreibende Stelle behält sich vor, im Laufe der Angebotsbewertung Bilanzen oder Bilanzauszüge aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren oder andere geeignete Nachweise für diesen Zeitraum (z. B. Erklärung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters), welche die Solvenz des Bieters nachweisen, vom Bieter ergänzend zu fordern.
- Eigenerklärung über das Vorhandensein einer Betriebshaftpflichtversicherung für Personen- und Sachschäden mit einer Deckungssumme von mindestens 2,0 Mio. EUR (im Angebotsteil I enthalten).

Hinweis:

Die ausschreibende Stelle behält sich vor, im Laufe der Angebotsbewertung den Versicherungsschein vom Bieter ergänzend zu fordern.

Weiterer Nachweis der Eignung:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen der in § 123 Abs. 1 und 4 GWB, in § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB sowie in § 124 Abs. 2 GWB genannten Tatbestände (im Angebotsteil I enthalten)

Angebotsteil IV:

Kalkulation in einem verschlossenen Umschlag

(Die Kalkulation ist auf gesonderte Anforderung im Rahmen der Angebotsbewertung bzw. spätestens 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung vorzulegen; vgl. Pkt. 2.1.7.)

Angebotsteil V: Gegebenenfalls gesonderte Erklärungen des Bieters

- z. B. Gründe für die Bildung einer Bietergemeinschaft
- z. B. Berechnung der Transportentfernungen

Die **Angebotsteile I bis IV** dienen zur Überprüfung, ob der Bieter geeignet ist, und ob durch das Angebot des Bieters die Erfüllung aller vertraglichen Pflichten sichergestellt ist.

Bei der Abgabe des Angebotes ist Folgendes zu beachten:

1. Bei der Abgabe eines Angebotes sind die von der ausschreibenden Stelle zum Download bereitgestellte Preisblätter (des Angebotsvordrucks) zu benutzen.
2. Es sind jeweils alle in den Preisblättern aufgeführten Positionen auszufüllen. Es sind ausschließlich die dafür vorgesehenen Stellen auszufüllen.
3. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen der eigenen Eintragungen/Angaben müssen zweifelsfrei sein.
4. Sofern dem Bieter Erläuterungen zur besseren Beurteilung seines Angebotes notwendig erscheinen, sind diese dem Angebotsteil V beizufügen.
5. Etwaige Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen nach Angebotsabgabe sind elektronisch (in Textform) über die vom Auftraggeber genutzte Vergabepattform und innerhalb der Angebotsfrist einzureichen.
6. Die Rücknahme des Angebotes kann innerhalb der Angebotsfrist elektronisch (in Textform) über die vom Auftraggeber genutzte Vergabepattform erfolgen.
7. Es ist darauf zu achten, dass ein Handlungsbevollmächtigter benannt ist (Bietererklärung A.1 und gegebenenfalls Bietererklärung C im Angebotsvordruck).
8. **Das Angebot ist elektronisch (in Textform) über die Angebotsfunktion der vom Auftraggeber genutzten Vergabepattform einzureichen. Hierzu sind die Angebotsunterlagen vom Bieter im PDF-Format einzuscannen.**

2.1.12 Verbindlichkeit der Angebote

Angebote, die mit einem Zusatz versehen sind, dass der Abschluss des Vertrages noch der Zustimmung des Vorstandes oder sonstiger Gremien des Bieters oder Unterauftragnehmers bedarf sowie Angebote mit vergleichbaren Zusätzen, die die Verbindlichkeit des Angebotes einschränken, werden von der Wertung ausgeschlossen.

2.1.13 Fristen

Die Angebote sind bis zum **26. Juni 2026, 10:00 Uhr** einzureichen. Bei der Öffnung der Angebote sind nach § 55 Abs. 2 VgV keine Bieter zugelassen. Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Ablauf

der Angebotsfrist und endet spätestens am **9. Oktober 2026**. Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist sind die Bieter an ihr Angebot gebunden (Bindefrist).

2.1.14 Aufhebung der Ausschreibung

Der Auftraggeber behält sich gemäß § 63 Abs. 1 VgV die Aufhebung der Ausschreibung vor. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Ausschreibung kein wirtschaftliches Ergebnis erbracht hat.

2.2 Bewertung der Angebote

Die Bewertung der Angebote erfolgt unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Punkte.

2.2.1 Formale und inhaltliche Prüfung der Angebote

Im Rahmen der Prüfung werden die wegen formeller oder inhaltlicher Mängel auszuschließenden Angebote ermittelt.

Dabei werden Angebote zwingend von der Wertung ausgeschlossen,

- die nicht frist- oder formgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV),
- die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten (§ 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV),
- in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV),
- bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV),
- die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 57 Abs. 1 Nr. 5 VgV),
- bei denen es sich um nicht zugelassene Nebenangebote handelt (§ 57 Abs. 1 Nr. 6 VgV),
- die unter einem Zustimmungsvorbehalt stehen, der die Verbindlichkeit des Angebotes einschränkt.

Angebote von Bietern, die zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht alle geforderten Unterlagen enthalten, werden nicht zwingend von der Wertung ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich gemäß § 56 Abs. 2 VgV vor, Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen innerhalb einer bestimmten Frist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen, sofern sie nicht die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen (§ 56 Abs. 3 VgV), innerhalb einer bestimmten Frist nachzureichen oder zu vervollständigen. Ein Ausschluss von der Wertung erfolgt, wenn durch die vorgelegten Unterlagen nicht sichergestellt ist, dass die Leistung vertragsgemäß erfüllt wird.

2.2.2 Eignungsprüfung

Bei der Auswahl der Bieter, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden entsprechend § 122 GWB nur die Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Leistungsfähigkeit (Eignung) besitzen und bei denen keine zwingenden Ausschlussgründe vorliegen und keine fakultativen Ausschlussgründe zum Tragen kommen. Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit können z. B. auch Unterauftragnehmer oder konzernverbundene Unternehmen berücksichtigt werden.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Der Bieter ist als technisch und beruflich leistungsfähig anzusehen, wenn er über die erforderlichen personellen und technischen Mittel sowie ausreichende Erfahrungen verfügt, um den Auftrag in angemessener Qualität ausführen zu können.

Die technische und berufliche Leistungsfähigkeit wird gemäß § 46 VgV auf Grundlage der im Angebotsteil III vorgelegten Referenz/-en und Nutzungsnachweise geprüft.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Der Bieter ist als wirtschaftlich und finanziell leistungsfähig anzusehen, wenn er als Unternehmen über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügt. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit muss in einem angemessenen Verhältnis zum zu vergebenden Auftragswert stehen. Bei der Bewertung der Leistungsfähigkeit sind auch die notwendigen Investitionen des Auftragnehmers vor der Leistungsaufnahme zu berücksichtigen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird gemäß § 45 VgV entsprechend den Nachweisen im Angebotsteil III geprüft.

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wird entsprechend dem Nachweis im Angebotsteil III (hier: „Weiterer Nachweis der Eignung“) geprüft. In diesem ist vom Bieter das Nichtvorliegen von zwingenden Ausschlussgründen gemäß § 123 Abs. 1 und 4 GWB sowie das Nichtvorliegen von fakultativen Ausschlussgründen gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB sowie § 124 Abs. 2 GWB zu bestätigen.

Sofern der Bieter das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 Abs. 1 und 4 GWB oder gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 und 4 GWB nicht bestätigt und zudem gemäß § 125 Abs. 1 GWB bzw. aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls nicht von einem Ausschluss abgesehen werden kann, wird das Angebot des Bieters zwingend von der Wertung ausgeschlossen.

Sofern der Bieter das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 8 GWB bzw. gemäß § 124 Abs. 2 GWB nicht bestätigt, behält sich der Auftraggeber – unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit – den Ausschluss des Angebotes des Bieters ausdrücklich vor. § 125 GWB gilt entsprechend.

Die ausschreibende Stelle behält sich die Prüfung der weiteren fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 Abs. 1 sowie gemäß Abs. 2 GWB ausdrücklich vor. Soweit vorliegend oder bekannt, werden auch weitere Erkenntnisse berücksichtigt, welche die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellen. Dies sind u. a. Eintragungen in das Wettbewerbsregister (bzw. Korruptionsregister; vormals Gewerbezentralregister), Strafverfahren, Verstöße gegen die Zahlung von Mindestlöhnen oder Ähnliches. Ob ein entsprechender Ausschlussgrund vorliegt, ist im Einzelfall zu prüfen.

Die Vorlage der geforderten Nachweise zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen stellt die **Mindestbedingung zum Nachweis der Eignung** dar.

Eignungsleihe

Ein Unternehmen kann, auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft, zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie zum Nachweis der technischen und beruflichen

Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Es muss in diesem Fall dem Auftraggeber nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem es beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt (§ 47 Abs. 1 VgV).

Dabei kann ein Unternehmen für den Nachweis der erforderlichen beruflichen Leistungsfähigkeit (hier: Referenz/-en zum Nachweis der einschlägigen Berufserfahrung) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

Unternehmen, deren Kapazitäten für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch genommen werden, haben zusätzlich das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß den Regelungen der Vergabeunterlagen nachzuweisen (§ 47 Abs. 2 VgV).

Bei **Bietergemeinschaften** werden Nachweise zur Leistungsfähigkeit in technischer und beruflicher sowie in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht kumulativ gewertet und sind somit nicht zwingend von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen, während der Nachweis zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (hier: „Weiterer Nachweis der Eignung“) von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorzulegen ist.

2.2.3 Prüfung der Angemessenheit der Angebotspreise

In diesem Prüfpunkt werden die Angebote auf Angemessenheit ihrer Angebotspreise überprüft. Grundlage für die Beurteilung, ob ein Preis angemessen ist, ist neben den Angebotsentgelten der Ausschreibung auch der Marktpreis. Bevor ein Angebot möglicherweise ausgeschlossen werden kann, wird mit dem betreffenden Bieter gegebenenfalls ein Aufklärungsgespräch geführt oder die Angebotskalkulation angefordert. Die Entscheidung, ob ein Angebot in der Wertung verbleibt, muss in jedem Einzelfall gesondert getroffen werden.

2.2.4 Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes

Die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebotes erfolgt unter den Angeboten, die in den vorangegangenen Prüfpunkten (vgl. Punkte 2.2.1 bis 2.2.3) nicht ausgeschlossen wurden.

Grundlagen

Die Auswertung der Angebote erfolgt durch die Ermittlung der Wertungssummen für die gesamte Vertragslaufzeit (inkl. Vertragsverlängerungsoption). Die jeweilige Wertungssumme ermittelt sich auf Grundlage der folgenden Zuschlagskriterien:

Erstes Kriterium: Gesamtangebotsentgelt für die Vertragslaufzeit

Das Gesamtangebotsentgelt errechnet sich aus den angebotenen Entgelten für die Containergestaltung, für die Containertransporte zur Übernahmestelle, für die Übernahme und den Transport von Sperrmüll zur Behandlungsanlage und für die Behandlung/Entsorgung von Sperrmüll. Das Gesamtangebotsentgelt wird unter Anwendung der in den Preisblättern angegebenen Auswertungsgrößen ermittelt (für die max. Vertragslaufzeit von vier Jahren). Bei der Auswertung wird die Umsatzsteuer mit 19 % angesetzt. Eine Entgeltanpassung wird bei der preislichen Auswertung nicht berücksichtigt.

Zweites Kriterium: Transportaufwand der Kommunen bis zur angebotenen Übernahmestelle

Für die Berechnung des Transportaufwands wird die erwartete Sperrmüllmenge der jeweiligen kreisangehörigen Kommune (jeweils ab Rathaus) bis zur angebotenen Übernahmestelle berücksichtigt. Für den erforderlichen Transport der Sammelfahrzeuge wird während der Vertragslaufzeit ein Wertungszuschlag berücksichtigt. Hierbei ist die kürzeste Verbindung bis zur Übernahmestelle maßgebend. Der Wertungszuschlag beträgt 0,30 EUR je tkm (Tonnenkilometer) für die einfache Strecke. Der Wertungszuschlag ist über die Vertragslaufzeit konstant.

Drittes Kriterium: Transportentfernung von der Übernahmestelle bis zur Behandlungsanlage

Der für die Entsorgung erforderliche Transport während der Vertragslaufzeit wird in Form eines Wertungszuschlags berücksichtigt. Hierbei ist die kürzeste Verbindung (ab der Übernahmestelle bis zur Behandlungsanlage) maßgebend. Der Wertungszuschlag beträgt 0,075 EUR je tkm (Tonnenkilometer) für die einfache Strecke. Der Wertungszuschlag ist über die Vertragslaufzeit konstant.

Transportstrecken in den Kriterien 2 und 3

Die Transportstrecken in den Zuschlagskriterien 2 und 3 werden von der ausschreibenden Stelle unter Anwendung des im Internet zur Verfügung stehenden und derzeit kostenfreien Routenpla-

Startadressen für die Berechnung des Transportaufwands im **Zuschlagskriterium 2** sind die Rathäuser der Kommunen:

- 41812 Erkelenz, Johannismarkt 17
- 52538 Gangelt, Burgstraße 10
- 52511 Geilenkirchen, Markt 9
- 52525 Heinsberg, Apfelstraße 60
- 41836 Hückelhoven, Rathausplatz 1
- 52538 Selfkant, Am Rathaus 13
- 52531 Übach-Palenberg, Rathausplatz 4
- 52525 Waldfeucht, Lambertusstraße 13
- 41849 Wassenberg, Roermonder Straße 25 – 27
- 41844 Wegberg, Rathausplatz 25

– Wegberg mit insgesamt	640 Mg/a =	2.560 Mg während der Vertragslaufzeit
– Erkelenz mit insgesamt	1.025 Mg/a =	4.100 Mg während der Vertragslaufzeit
– Wassenberg mit insgesamt	270 Mg/a =	1.080 Mg während der Vertragslaufzeit
– Hückelhoven mit insgesamt	635 Mg/a =	2.540 Mg während der Vertragslaufzeit
– Waldfeucht mit insgesamt	140 Mg/a =	560 Mg während der Vertragslaufzeit
– Heinsberg mit insgesamt	700 Mg/a =	2.800 Mg während der Vertragslaufzeit
– Geilenkirchen mit insgesamt	320 Mg/a =	1.280 Mg während der Vertragslaufzeit
– Übach-Palenberg mit insgesamt	360 Mg/a =	1.440 Mg während der Vertragslaufzeit
– Gangelt mit insgesamt	80 Mg/a =	320 Mg während der Vertragslaufzeit
– Selfkant mit insgesamt	80 Mg/a =	320 Mg während der Vertragslaufzeit

Zielpunkt ist die Adresse (Straße, Hausnummer, PLZ und Ortsname) der vom Bieter angebotenen Übernahmestelle.

Beim Zuschlagskriterium 3 werden die Mengen der Kleinanlieferplätze für die Auswertung mit 100 Mg/a angesetzt. Die Gesamt(auswertungs)menge (kommunale Anlieferungen und Kleinanlieferplätze) beträgt daher 4.350 Mg/a bzw. 17.400 Mg bei 4 Jahren.

Startadresse für die Berechnung der Transportentfernung im **Zuschlagskriterium 3** ist die angebotene Übernahmestelle des Auftragnehmers.

Zielpunkt ist die Adresse (Straße, Hausnummer, PLZ und Ortsname) der vorgesehenen Behandlungsanlage.

Startzeitpunkt für die Berechnung ist jeweils der **04.01.2027, 11:00 Uhr**.

(Der Startzeitpunkt ist im Dropdown-Menü „Jetzt Starten“ einstellbar; hier ist die Einstellung „Abfahrt ab“ auszuwählen und der vorgenannte Startzeitpunkt (= Uhrzeit, Datum) einzutragen.)

Es gilt nachfolgend die aufgeführte kürzeste von maps.google ermittelte Strecke ab der Startadresse. Weitere Routenänderungen sind nicht vorzunehmen. Die ermittelten Kilometerangaben werden kaufmännisch auf volle Kilometer gerundet. Für die Auswertung des Angebotes gilt ausschließlich die Berechnung der ausschreibenden Stelle zum Zeitpunkt der Auswertung (unter Berücksichtigung des vorgenannten Startzeitpunktes).

Der Bieter kann eigene Transportstreckenberechnungen und -beschreibungen, z. B. mit Hilfe von Routenplanerausdrucken, dem Angebotsteil V „Gegebenenfalls gesonderte Erklärungen des Bieters“ beifügen. Die Angaben des Bieters dienen jedoch nur der Plausibilitätsprüfung.

Bei der Bewertung der Angebote ist ausschließlich die **Wertungssumme** Kriterium für die Ermittlung der Wirtschaftlichkeit. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der unter Berücksichtigung aller Wertungskriterien niedrigsten Wertungssumme.

Beispielhafte Bewertung eines Angebotes

Kriterium 1: Gesamtangebotsentgelt

Gesamtangebotsentgelt für 4 Jahre (brutto)

Summe Angebotspreise = **2.000.000,00 EUR**

Kriterium 2: Transportaufwand

Im beispielhaften Angebot erfolgt der Transport der Sammelfahrzeuge der Kommunen zur Übernahmestelle des Bieters. Die ermittelte Tonnenkilometerzahl (Startadresse x Menge je Kommune bis Zielort) liegt **z. B.** bei insgesamt 430.000 tkm. Der Wertungszuschlag beträgt 0,30 EUR je tkm.

Die Berechnung der Transportaufwände erfolgt wie folgt:

Transport bis Übernahmestelle:

430.000 tkm x 0,30 EUR/tkm = **129.000 EUR (Wertungszuschlag)**

Kriterium 3: Transportentfernung

Der an der Übernahmestelle übernommene Abfall aus dem Holsystem der Kommunen und den Kleinanlieferplätzen (4.350 Mg x 4 Jahre = 17.400 Mg) wird in einer angenommenen einfachen **Entfernung von 30 km von der Übernahmestelle** transportiert. Der Wertungszuschlag beträgt 0,075 EUR je tkm.

Die Berechnung der Transportaufwände erfolgt wie folgt:

Transport ab Übernahmestelle:

17.400 Mg x 30 km x 0,075 EUR/tkm = **39.150 EUR (Wertungszuschlag)**

Ermittlung der (Gesamt-)Wertungssumme für 4 Jahre

Bezeichnung	EUR
<u>Zuschlagskriterium 1</u> Gesamtangebotsentgelt	2.000.000,00
<u>Zuschlagskriterium 2</u> Transportaufwand (Wertungszuschlag)	+ 129.000,00
<u>Zuschlagskriterium 3</u> Transportentfernung (Wertungszuschlag)	+ 39.150,00
Wertungssumme	= 2.168.150,00

2.2.5 Aufklärungsgespräche

Im Rahmen der Angebotsprüfung behält sich der Auftraggeber vor, nach Öffnung der Angebote bis zur Zuschlagserteilung Aufklärungsgespräche zu führen, um eventuelle Zweifel über die Eignung der Bieter oder der Angebote im Interesse der Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebotes zu beseitigen (vgl. § 15 Abs. 5 VgV). Nachverhandlungen finden hierbei nicht statt.

2.2.6 Information der Bieter

Der Auftraggeber wird entsprechend § 134 Abs. 2 GWB erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information über die Nichtberücksichtigung der Angebote an die jeweiligen Bieter den Zuschlag auf das Angebot des Bestbieters erteilen. Sofern die ausschreibende Stelle das Informationsschreiben per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.